

## Gemeinderat berät Haushalt für 2022/23

### Stadt muss Pflegenotstand bekämpfen

Die Stadt Karlsruhe ist verantwortlich für die Gewährleistung einer qualitativ hochstehenden Gesundheitsversorgung der Bürger in den Krankenhäusern und insbesondere im Städtischen Klinikum (SKK). Doch seit Jahren und nicht erst seit der Coronapandemie wird die Personalsituation dort immer prekärer. Die Stadt kann sich deshalb nicht weiter wegducken und die Verantwortung dafür nicht immer nur auf das Land, den Bund, die Krankenkassen etc. schieben.

Mit der Behauptung, es gäbe nicht genug Bewerber\*innen am Arbeitsmarkt soll nur kaschiert werden, dass eigene Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten bei weitem nicht ausreichend genutzt werden.

In Deutschland gibt es über 600.000 gut ausgebildete Pflegekräfte, die in den letzten 20 Jahren aus dem Beruf oder in Teilzeitarbeit geflohen sind wegen der unzumutbaren Arbeitsbedingungen und der unangemessenen Bezahlung und von denen nach Umfragen ein großer Teil bereit wäre, bei besseren Arbeitsbedingungen wieder in den Pflegeberuf zurückzukehren. Bei tatsächlichem Interesse an der Beseitigung des Personalnotstandes, müsste die Stadt viel mehr für die Realisierung zumutbarer Arbeitsbedingungen unternehmen: Für deutlich höhere Personalschlüssel und für eine angemessene Entlohnung.

Auch mit dem von der Stadt immer wieder vorgebrachten Argument - die Entlohnung sei ausschließlich Aufgabe der Tarifpartner - sollen eigene Versäumnisse lediglich kaschiert werden. Die Stadt Karlsruhe ist schließlich eines der wichtigsten Mitglieder im VKA (Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände), die zuletzt erst im Herbst 2020 die berechtigten Forderungen der Pflegekräfte bis auf ein unzureichendes Mindestmaß unterhalb der Inflationsrate beschnitten hat. Diese Doppelzüngigkeit muss die Stadt endlich beenden und sich im VKA viel energischer und wirksamer dafür einsetzen, dass die Löhne der Beschäftigten im Gesundheitsbereich und den sozialen Berufen so gestaltet wird, dass sich der Personalnotstand endlich beseitigen lässt.

Zum anderen bringt die Stadt viele Millionen auf für Investitionsmaßnahmen im Klinikum, die laut Krankenhausfinanzierungsgesetz eigentlich vom Land Baden-Württemberg aufgebracht werden müssen. Statt diese Mittel wieder beim Land einzuklagen, missbraucht die Stadt die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel um den Skandal der Verweigerung des Landes, seine gesetzliche Pflicht zu erfüllen, zu decken. Es geht allein hier um einen hohen 2-stelligen Millionenbetrag, der für die eigentlichen Aufgaben der Stadt zur Verwendung für die Interessen ihrer Bevölkerung fehlt. Die bisher bezahlten städtischen Mittel für notwendige Investitionskosten müssen vom Land wieder zurückgefordert werden.

Diese Mittel könnten z.B. dafür eingesetzt werden, um als Anreiz für die Pflegerückkehrer und die Beschäftigten des SKK attraktivere Bedingungen zu schaffen- neben der Bezahlung höherer Gehälter.

Wir vom Bündnis Krankenhaus statt Fabrik Karlsruhe fordern als einen ersten Schritt im Haushalt 2022 Mittel einzustellen für wenigstens folgende Maßnahmen:

1. die Zahlung einer unbefristeten Arbeitsmarktzulage an alle Beschäftigten des Städtischen Klinikums Karlsruhe. Die Zulagenregelung soll unbefristet für alle bereits beim Klinikum Tätigen, als auch für Neueinstellungen gelten.
2. Für das pflegerische Personal des SKK wird eine dauerhafte Zulage realisiert, analog zur Zulagenregelung im Robert-Bosch-Krankenhaus in Stuttgart, die zu einer deutlichen Erhöhung des Entgeltes führt.
3. Die KiTa für die Mitarbeiter\*innen des SKK ist hoffnungslos zu klein. Die Stadt wird eine bauliche Erweiterung/Neubau für die KiTa des SKK mit Planung und Baubeginn noch in 2022 in Auftrag geben und finanzieren.
4. Solange das Gehalt nicht angemessen erhöht wird, müssen – soweit von der Stadt beeinflussbar - wenigstens die Lebenshaltungskosten für die Beschäftigten verringert werden. Der Bedarf an Personalwohnungen und Plätzen in Personalwohnheimen übersteigt bei weitem das tatsächliche Angebot. Nicht einmal die Unterbringung der Auszubildenden ist vollständig gewährleistet. Die Stadt muss das Angebot für Personalwohnungen und Plätzen in Personalwohnheimen zu stark subventionierten Mieten durch Erweiterung und Neubau drastisch erhöhen (andere Krankenhäuser und Städte tun dies bereits in erheblichem Umfang).
5. Als zusätzlicher Anreiz für Auszubildende stellt die Stadt diesen ab Aufnahme der Ausbildung ein KVV-Netzticket für 1,-€/Monat zur Verfügung.

Der Verantwortung für die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Raum Karlsruhe und somit insbesondere für das SKK muss sich die Stadt endlich stellen.

### **Sparpolitik im Gesundheitswesen ist lebensgefährlich.**



## Erfolgreicher Streik bei Vivantes und der Charité

Die Beschäftigten der beiden größten Berliner landeseigenen Krankenhäuser Charité und Vivantes streikten im September und Oktober zusammen mit den Kolleg\*innen der Tochterunternehmen von Vivantes 30 bzw. 35 Tage lang für Entlastung in den Krankenhäusern und Bezahlung nach dem TVöD für die ausgegliederten Bereiche.



### Was wurde erreicht?

Das Ergebnis ist spektakulär. Mit den Eckpunktepapieren bei Charité und Vivantes ist verdi und der Berliner Krankenhausbewegung ein echter Erfolg gelungen. Besonders drei Punkte sind dabei herauszustellen: Es konnten Quotenregelungen für das Verhältnis von Pflegekraft zu Patient\*innen, ein Belastungsausgleich für besonders beanspruchende Schichten sowie Personalregelungen über den Bereich der Pflege hinaus erkämpft werden. Ein entsprechender Tarifvertrag Entlastung soll zum 1. Januar 2022 in Kraft treten.

### Konkrete Vereinbarungen:

Verbindliche Besetzungen der Stationen und Bereiche im Verhältnis zur Patientenzahl werden bis zum Monatsende festgelegt.

Bei der Charité erhalten PflegerInnen nach fünf Schichten (= 5 Punkte) in Unterbesetzung einen zusätzlichen freien Tag. Bei Vivantes zunächst weniger: nach neun Schichten oder Entgeltausgleich von 150 €, bis 2024 auch mit fünf Punkten. Die Zahl der freien Tage ist allerdings gedeckelt auf sechs (2022) bis dann 15 (2024), darüber hinaus wird in Entgelt „entschädigt“. Im Nachtdienst wird die Regelbesetzung künftig mindestens zwei Pflegepersonen, davon mindestens eine Pflegefachkraft, sein. Endlich scheint die Forderung „Keine Nacht allein!“ umgesetzt zu werden. Darüber hinaus ist es gelungen, die Zeiten der Praxisanleitung für Auszubildende zu erhöhen.

Auch die Hebammen haben es geschafft, eine deutlich bessere Betreuung für Geburten durchzusetzen. Denn bisher war es nicht selten so, dass eine Hebamme drei oder vier Geburten gleichzeitig betreuen musste. Hier gibt es jetzt eine Annäherung an eine 1:1-Betreuung. Dieser enorme Erfolg wurde möglich, weil auch die Hebammen in der Berliner Krankenhausbewegung zu den sehr gut organisierten Bereichen gehörten. Erstmals konnten damit feste Personalschlüssel für Bereiche außerhalb der Pflege erkämpft und die Versorgung durch Hebammen tariflich geregelt werden!

Die Kolleg\*innen der Vivantes-Töchter – u.a. Reinigung, Labor, Physiotherapie, Sterilisation, die im Vergleich zum TVöD bis zu 900 € im Monat weniger verdienen, konnten ebenfalls nach hartem Erzwingungsstreik eine Einigung erreichen. Bei zwei der fünf betroffenen Tochtergesellschaften steht rückwirkend zum 1. Juli eine Lohnerhöhung von 2,5 % an. Sämtliche Beschäftigte erhalten zudem eine Corona-Sonderzahlung von 1.500 Euro. Die Annäherung an der Tarifvertrag TVöD wurde dagegen nur teilweise erreicht, dazu reichte der gewerkschaftliche Organisationsgrad noch nicht aus.

## Zauberwort Organizing

Grundlage des Erfolgs war das gewerkschaftliche Organizing auf betrieblicher Ebene. Dabei geht es darum, reale Macht in den Betrieben auch langfristig aufzubauen.

Bereits im Mai hatte die konkrete Mobilisierung begonnen mit der mehrheitlichen Unterzeichnung einer Petition an den Berliner Senat, in der die Streikwilligkeit auf den Stationen dokumentiert worden war.

Eine Kollegin aus der Berliner Krankenhausbewegung beschreibt diesen Ansatz so:

*„Es selbst in die Hand nehmen. Wir haben in elf Krankenhäusern Strukturen aufgebaut, die streikfähig und durchsetzungsstark sind, und zwar über die Berufsgruppen hinweg, von den examinierten Pflegekräften, den Auszubildenden bis hin zu Kollegen, die im Labor arbeiten.“*

Außerdem wurden auch während des Streiks neue Strukturen kollektiver Tarifverhandlungen, die bereits an der Charité 2015 ausprobiert worden waren, weiter ausgebaut und damit die demokratische Beteiligung der Belegschaften erweitert.




**ZOOM - VERANTSTALTUNG**  
**6. DEZEMBER 18:00 UHR**  
**KÄMPFEN LOHNT SICH!**

**GESUNDHEIT**  
*statt*  
**PROFIT**

**WIR DISKUTIEREN:**  
 Was mit der Berliner Krankenhausbewegung gewonnen wurde.



**Wo:** Zoom-Meeting:

<https://us02web.zoom.us/j/89495805930?pwd=OXNMM3FEbitzRWljMkVsbkVxNWdqZz09>

Meeting-ID: 894 9580 5930, Kenncode: 607493

Schnelleinwahl mobil: +496938079883,,89495805930#,,,,\*607493# Deutschland

## Ausblick:

Die Arbeitskämpfe für mehr Personal in den Krankenhäusern sind zu einer der bedeutsamsten gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre geworden. Bedeutsam deshalb, weil die Pflegekräfte selbst als größte Beschäftigtengruppe die treibende Rolle einnehmen. Seit 2014/15 an der Charité erfolgreich für mehr Personal gekämpft wurde, wurden wie in einer Kettenreaktion, in inzwischen 20 Kliniken bundesweit Entlastungstarifverträge abgeschlossen, in denen konkrete Personalbemessungen und Entlastungsmaßnahmen für die Krankenhausbeschäftigten festgeschrieben wurden.

Auch die Unterstützung der Zivilgesellschaft ist in Zeiten der Pandemie potentiell stärker geworden. Besonders spektakulär war aktuell z.B. die Bereitschaft des Erstliga-Vereins Union Berlin, der Krankenhausbewegung ihr Stadion für eine Delegiertenversammlung zu überlassen. Das Berliner Bündnis Gesundheit organisierte eine Spendenkampagne zur finanziellen Unterstützung der Streikenden bei den Töchtern, für die innerhalb weniger Tage über 65 000 € zusammengekommen sind.

Durch die zunehmende Ökonomisierung des Gesundheitswesens können die Beschäftigten in den Kliniken, Alten- und Pflegeheimen auch mehr ökonomische Macht entfalten. Durch Bettenschließungen und Streiks kann schnell ein ökonomischer Schaden entstehen. Pflegekräfte können mit den Füßen abstimmen, wenn ihnen die Arbeitsbedingungen in einem Krankenhaus nicht passen und anderswo bereits bessere Arbeitsbedingungen erkämpft wurden. Nur wenn sich die Beschäftigten im Gesundheitsbereich ihrer gestiegenen gesellschaftlichen Relevanz bewusst werden und sie sich endlich mehrheitlich aktiv gewerkschaftlich organisieren, können wir ein anderes Gesundheitssystem erreichen.

Letztlich zeigt der Erfolg der Berliner Krankenhausbewegung, dass Organisation und Erfolg auch in Kliniken gelingen kann, die wie Vivantes zum ersten Mal einen Tarifvertrag Entlastung erkämpfen.

Auf dass sich durch viele weitere erfolgreiche Kämpfe die Arbeitsbedingungen und die Gesundheitsversorgung in nächster Zeit überall spürbar verbessern!

Es lohnt sich zu kämpfen für:

**Entlastungstarifverträge für alle.**

**Abschaffung der DRG-Fallpauschalen.**

**Schluss mit der Profitorientierung.**

**Gesundheitssystem ausschließlich in öffentlicher Hand.**



## Solidarität mit dem Arbeitskampf der Beschäftigten der Unikliniken

Was den Beschäftigten der kommunalen Krankenhäuser im letzten Jahr widerfahren ist, trifft in diesem Jahr die Beschäftigten der Unikliniken: Sie müssen sich gegen inkompetentes und ausbeuterisches Verhalten in diesem Fall der Länderarbeitgeber wehren.

Die Forderungen der Beschäftigten ist angesichts der Inflation und der Arbeitsbelastungen denkbar zurückhaltend, es geht um eine Lohnsteigerung von 5%, im Klinikbereich um 300,- € mehr.

Doch wieder erweisen sich die Arbeitgeber als unfähig, die angespannte Personallage selbst in Coronazeiten zur Kenntnis zu nehmen und bringen damit die Krankenhausversorgung der gesamten Bevölkerung in große Gefahr. Denn es gehört schon ein hohes Maß an Unverfrorenheit und Frechheit dazu,

insbesondere den Pflegekräften immer höhere Belastungen aufzubürden, sich zu wundern, dass immer mehr den Dienst quittieren und nichts dagegen zu tun.

**Wir solidarisieren uns ausdrücklich – es ist überall der gleiche Kampf!**

Die KsF-Glosse:

**Ökonomierat Bert Mann erklärt:**

*Als Ökonom beunruhigt es mich, dass inzwischen immer mehr medizinische Fachleute für die sofortige Abschaffung der DRGs sind. Es sind ja nicht mehr nur die Pflegekräfte, es sind auch die verschiedenen Ärzteverbände, die deutsche Krankenhausgesellschaft, Patientenorganisationen und mehr, praktisch alle, die im Krankenhaus arbeiten oder gepflegt werden. Dabei wird's ohne DRGs und nur mit der Kostenersatzregelung verdammt schwer, Gewinne in den Kliniken zu machen.*

*Natürlich könnte man auch abrechnen, was wirklich notwendig ist, sowohl nur die notwendigen Eingriffe als auch die notwendige Pflege bis zur Wiederherstellung der Gesundheit.*

*Aber die Damen und Herren im Krankenhaus vergessen dabei, dass sie nicht alleine Medizin betreiben. Medizin ist doch ein wichtiger Wirtschaftszweig, in dem viel Geld verdient wird. Das kann man der Wirtschaft doch nicht wegnehmen. Dann verlieren die Pharmakonzerne und Medizintechnikhersteller ja womöglich noch ihr Interesse am Betrieb von Privatkliniken.*

*Das ist doch nicht marktwirtschaftlich - ich kann als Ökonom nur davor warnen.*



Herausgeber dieses Newsletters ist das Bündnis Krankenhaus statt Fabrik Karlsruhe. Wenn Sie diese Informationen nicht wünschen, antworten Sie bitte auf diese E-Mail mit der Betreffzeile ‚abmelden‘. Ihre E-Mail-Adresse wird umgehend aus dem System entfernt.

Wir sichern Ihnen darüber hinaus zu, dass wir Ihre Adresse ausschließlich zur Übermittlung unserer Informationen nutzen und sie in keinem Falle an andere Organisation oder Firmen weitergeben.

viSdP: M.Matzerath, Welfenstr. 2a, 76137 Karlsruhe

erschienen: 01.12.2021

Kontakt: [www.facebook.com/KrankenhausstattFabrik](https://www.facebook.com/KrankenhausstattFabrik)

email: Krankenhaus.statt.Fabrik.KA@posteo.de